

MAURICE JOLY
Macht und Recht
Machiavelli contra Montesquieu
Gespräche in der Unterwelt

Übersetzt von
Hans Leisegang

Mit einem Vorwort von
Herbert Weichmann

FELIX MEINER VERLAG
HAMBURG

Titel der französischen Ausgabe:
»Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu ou la politique de
Machiavel au XIXe siècle par un contemporain«.

1948: Erste Auflage im Richard Meiner Verlag, Hamburg, unter dem Titel
»Gespräche in der Unterwelt zwischen Machiavelli und Montesquieu«.

1968: Gekürzte Lizenzausgabe unter dem Titel »Macht contra Vernunft«
im Deutschen Taschenbuch Verlag, mit einem Vorwort von Dr. Joachim
Christian Horn.

1979: Zweite Auflage des um ein Vorwort von Prof. Dr. Herbert Weich-
mann erweiterten Nachdrucks der Ausgabe von 1948.

2016: Reprint der Ausgabe von 1979.

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind
im Internet abrufbar über <<http://portal.dnb.de>>.

ISBN: 978-3-7873-0467-7

ISBN eBook: 978-3-7873-2926-7

© Felix Meiner Verlag GmbH, Hamburg 2016. Alle Rechte vorbehalten.
Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übertragungen, Mikroverfilmungen
und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen,
soweit es nicht §§ 53 und 54 URG ausdrücklich gestatten. Gesamtherstel-
lung: BoD, Norderstedt. Gedruckt auf alterungsbeständigem Werkdruck-
papier, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Printed in Germany.

www.meiner.de

VORWORT ZUR NEUAUFLAGE

Der Geist der Gesetze in der Demokratie wider den Geist oder Ungeist der Macht im despotischen Staat -- ist dieser in Gestalt eines Gesprächs zwischen Montesquieu und Machiavelli ausgetragene Prinzipienstreit noch heute aufschlußreich und von irgendwelcher politischer Aktualität? Ich möchte diese Frage nicht in dem Sinne bejahen, wie man grundsätzlich jede geschichtsforschende oder geschichtlich belehrende Darstellung als Element nützlicher Bewußtseinsbildung für die Erkenntnis der Gegenwart oder eines Trends in die Zukunft betrachten muß. Sie ist in einem anderen Sinne zu bejahen.

Die 1864 von Joly veröffentlichten Streitgespräche zwischen den zwei politischen Antipoden, fiktiv und doch wieder in ihrem Wahrheitsgehalt auf dem Werke „Il Principe“ von Machiavelli aus dem Jahre 1573 und der rechtsphilosophischen und staatswissenschaftlichen Arbeit von Montesquieu aus dem Jahre 1748 aufbauend, hat auch und gerade in unserer Gegenwart nichts von einem zeitgemäßen Lehrinhalt eingebüßt. Überkommene und ebenso sehr neue Vorgänge in unserer heutigen politischen Umwelt geben vielmehr begründeten Anlaß, der Auseinandersetzung über den Geist oder Ungeist gegenwärtig wirksamer Entwicklungen in der Staatsstruktur bei uns oder in der Nachbarschaft eine geradezu hautnahe Bedeutung zuzumessen.

Da ist zunächst der Geist des Despotismus, personifiziert in der Gestalt und Denkweise Machiavellis, noch höchst lebendig.

1948, nach Erscheinen des Buches auf dem deutschen Markt, konnten wir uns vielleicht noch damit beruhigen, daß ein Despot nicht nur, wie Machiavelli sagt, in 20 Jahren eine Nation der Tyrannie gefügig machen könne, sondern auch in 12 Jahren mit seiner Regierungskunst am Ende war und durch eine Staatsform abgelöst wurde, in welcher der Geist der Gesetze Auferstehung feierte, ganz wie es

Montesquieu seinem Gesprächspartner als logische Entwicklung entgegenhält. Nur, mit Hitler geriet keineswegs der Geist des Despotismus oder die Existenz sonstiger despatischer Staatsstrukturen in den Abfalleimer der Geschichte; beide sind im Gegenteil noch höchst lebendig. Der Gedanke der Macht ergriff die Macht in so manchem unserer Nachbarländer und gerade wir Deutschen sind davon in besonderem Maße betroffen. Dort herrscht auch heute noch weitgehend die Grabesstille oder die Dialektik der Diktatur, nur selten von der Stimme von Dissidenten unterbrochen oder von der Berufung auf die Menschenrechte leicht gestört. Die Worte und Werte, die Joly dem Machiavelli in den Mund legte, die raffinierte Verfälschung von Begriffen, die Apotheose des eigenen Tuns, die subversive Methode der Infiltration, eben die politische Taktik Machiavellis sind unveränderter Bestandteil der Politik in einigen unserer europäischen Nachbarstaaten, also in durchaus geographischer Nähe, von Vorgängen in ferneren Gebieten ganz abgesehen. Auch die an sich notwendige Entspannungspolitik, die wir mit diesen Staaten betreiben, sollte das Bewußtsein darüber nicht verdrängen und ebensowenig die Einsicht in die Absicht einer langfristig angelegten geistigen Infiltration.

Steht dieser Absicht oder Gefahr aber nun auch ein wenigstens verstärktes Bewußtsein um die demokratischen Werte und dementsprechend um die Notwendigkeit der Verfestigung und Verteidigung der demokratischen Institutionen im Sinne Montesquieu gegenüber?

Als 1948 bei uns die „Gespräche“ erschienen, befanden wir uns in der Periode einer Renaissance echten demokratischen Bewußtseins und des aktiven Bemühens um die Wiederherstellung der Freiheit des Menschen und der menschlichen Grundwerte. Dementsprechend wurde die Staatsstruktur gestaltet. Der Staat erhielt nur eine beschränkte Macht und diese wurde institutionell, gemäß dem Prinzip der Gewaltenteilung, zwischen Exekutive, Legislative und unabhängige Gerichtsbarkeit aufgeteilt. Die Grenzen von der Bewegungsfreiheit des Individuums auf der einen und des Staates auf der anderen Seite wurden durch das Grundgesetz festgelegt.

Nunmehr, über 30 Jahre danach, ist aber zu fragen, ob diese Grenzen auch eingehalten sind und ob sich Gefahren

für die ursprünglich konzipierte Ordnung abzeichnen, welche die Funktionsfähigkeit unseres institutionellen Systems abschwächen, zumindest jedoch kompromittieren und damit zu einer Staatsverdrossenheit führen könnten, die Machiavelli als unausweichliche Etappe zu einer absoluten Machtergreifung seinem Gesprächspartner entgegenhält. In Montesquieu's Argumenten obsiegt letzten Endes auch offenbar nicht die Logik oder die Überzeugung von der Vernunft der Regierenden und Regierten, sondern das Prinzip Hoffnung. Joly bringt es in seinem Vorwort so zum Ausdruck:

„Aber das öffentliche Gewissen lebt noch, und
der Himmel wird sich doch noch eines Tages
in das Spiel einmischen, das gegen ihn selbst
gespielt wird.“

Nun gewiß, auch das Prinzip Hoffnung besteht im Wandel der Geschichte zu Recht, aber dieser Wandel mag eben für Zeiten sowohl zum Guten und zum Schlechten führen, und gegenwärtig gibt es eine Reihe von Anzeichen, daß in unserer Demokratie von Menschen gegen Menschen in einer Weise gespielt wird, die den früheren demokratischen Konsens verdrängen, den demokratischen Gemeinsinn hinter der Verflechtung reiner Interessenstandpunkte vermissen lassen und darüber hinaus die Entscheidungsfähigkeit der zur Entscheidung berufenen Gewalten von Exekutive und Legislative lahmlegen. Nur einige Beispiele mögen hierfür genannt werden.

Die von unserem Grundgesetz vorgesehene repräsentative Demokratie wird verfälscht, wenn den politischen Parteien, und in ihnen wiederum der sogenannten Basis, die Entscheidungsgewalt faktisch übertragen wird, verbunden mit der Vorstellung eines imperativen Mandats, das letztlich aus den Parlamentariern Briefträger und aus den Trägern der Exekutivgewalt nur Befehlsempfänger macht.

Eine andere Beeinflussung des Entscheidungsprozesses der verfassungsmäßig berufenen Organe stellen die wachsende Zahl und der zunehmende Einfluß von Bürgerinitiativen und Interessentenorganisationen dar. Sie sind durchaus in gewissen Bereichen und bis zu einem gewissen Grade nützlich und legitim, dürfen aber nicht in den Charakter von Plebisciten ausarten, welche die Väter des Grundgesetzes wohlbedacht aus der Weimarer Verfassung nicht

übernommen haben. Jedem durch ein spezielles Interesse gebotenen Standpunkt steht in unserer pluralistischen Gesellschaft auch ein ebenso legitimes anderes Interesse gegenüber und also muß eine übergeordnete, am Gemeininteresse orientierte Entscheidungsgewalt vorhanden sein und aktionsfähig bleiben. Das gilt für die Frage von Kernkraft ebenso wie für eine örtliche Umgehungsstraße, aber nur allzu viele Fälle bezeugen bereits eine eingetretene Pattsituation. Das gepriesene Mehr an Demokratie birgt die Gefahr eines Zuviel an Demokratie in sich, bei dem in einer pluralistischen Gesellschaft sich jeder und alle zum Regieren berufen fühlen und wobei im Ergebnis der Handlungsspielraum der verfassungsmäßig berufenen Institutionen eingeengt oder neutralisiert wird. Dieser gesetzlich nicht festgelegte, aber praktizierte Anspruch auf allseitige Mitbestimmung erodiert das Prinzip einer beschränkten Gewaltenteilung und produziert eine Unbestimmbarkeit des zu Bestimmenden in der Fülle der Ansprüche, die jeweils für Recht halten, was ihnen speziell rechtens erscheint.

Ein Drittes: Die in unserer Verfassung vorgesehene Freiheit ist keine Freiheit ohne Bindung oder Pflichten. Liberty ist nicht Libertinage. Eine Grenze der Freiheit gebietet sich unter anderem jenen Bestrebungen gegenüber, die ihre Freiheit zur Beseitigung unserer Freiheit nutzen wollen. Mit einem semantischen Krieg der Begriffsverfälschungen, also mit Argumenten, wie Berufsverbote, Konsumterror, repressive Freiheit, Entfremdung des Menschen durch den Menschen, wird hinter diesem Schleier von Schlagworten nicht eine sozioökonomische Analyse, sondern in Wirklichkeit eine Systemveränderung angestrebt oder auch eine Unterwanderung unserer Institutionen durch solche Systemveränderer in die Wege geleitet, zum Teil sogar wie an einigen Universitäten bereits sichtlich, erfolgreich bewirkt. Machiavelli hat hierbei bewußt oder unbewußt Pate gestanden.

Schließlich: Wir sind mit unserer Demokratie in eine Anspruchsgesellschaft hineingeraten, bei welcher der soziale Staat im Begriff ist, zu einem totalen Versorgungsstaat zu werden unter der Devise: Der Staat für jeden und alles, und keiner für sich selbst oder die Gemeinschaft. So aber wird durch die Hintertür auf der einen Seite die

Mentalität von der Totalverantwortlichkeit des Staates eingeführt, während man an der Vordertür das Plakat entgegenhält „Mehr Demokratie“. Das Ergebnis mag nicht der totale Staat sein, noch nicht, aber jedenfalls mehr Verwirrung, die auf längere Zeit gesehen den Boden für Ideologien, Utopien und damit auch für die Sehnsucht nach einem Erlöser schafft, in dem sich Machiavelli wiedererkennen würde.

Das sind nur wenige und gewiß nicht erschöpfend dargestellte Probleme unserer gegenwärtigen mentalen Struktur, bei der Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit eine Tendenz zeigen, sich auseinanderzuleben. Auf Seite 67 sagt Machiavelli zu seinem Gesprächspartner:

„Nun, so fragen Sie doch in Ihren so von Grund aus schlaff gewordenen Gesellschaften, in denen der Einzelne nur noch in der Sphäre seines Egoismus und seiner materiellen Interessen lebt, einmal die Mehrheit, und Sie werden sehen, ob man Ihnen nicht von allen Seiten antwortet: Was geht mich die Politik an? Was schert mich die Freiheit? Ist nicht eine Regierung wie die andere?“

Das sind genau die Fragen, um die es geht. Und eben deswegen ist dieser Dialog in der Unterwelt keineswegs ein Dialog im Dunkel zwischen Schatten, sondern ein mit uns täglich selbst zu führender Dialog, weil er täglich neuen Anlaß findet, geführt zu werden und über die Bewahrung unserer freiheitlichen Ordnung nachzudenken.

Hamburg, im April 1979

Herbert Weichmann

INHALTSÜBERSICHT

VORWORT DES ÜBERSETZERS (S. XVII)

DIE GESPRÄCHE

Machiavelli (1469—1527) trifft im Reich der Schatten auf *Montesquieu* (1689—1755); in 25 fiktiven Gesprächen versucht der Verfasser des Buches „Über den Fürsten“ (*Il principe*) den Verfasser des „Geistes der Gesetze“ (*L'esprit des Lois*) davon zu überzeugen, daß es ihm nicht schwer fallen würde, den aus dem Sieg der Aufklärung hervorgegangenen und durch demokratische Institutionen gesicherten Rechtsstaat erfolgreich unter die Gewaltherrschaft eines modernen Despoten zu zwingen.

VORBEMERKUNG (S. 3)

ERSTER TEIL

Erstes Gespräch:

Gewalt geht vor Recht (S. 5)

Machiavelli eröffnet das Gespräch und verteidigt die These, alle erfolgreiche Politik stütze sich auf das Prinzip der Herrschaft durch List und Gewalt — Er lobt die Despotie als beste Regierungsform.

Zweites Gespräch:

Der Sieg der Vernunft über die Macht der Gewalt (S. 14)

Montesquieu erwider: Politik muß verpflichtet sein auf die Verwirklichung der Prinzipien der Moral — Eine Wiederherstellung der Despotie unter den Bedingungen des etablierten Rechtsstaats ist nicht möglich.

Drittes Gespräch:

Prinzipien des Rechtsstaats (S. 19)

Die Idee des Rechtsstaats leitet sich ab aus dem Prinzip der Gleichheit aller Bürger — Die Staatsmacht ist an das Öffentliche Recht gebunden — Die Rechtsordnung wird gesichert durch das Prinzip der Gewaltenteilung.

*Viertes Gespräch:
Der Wille des Volkes (S. 28)*

Machiavelli wendet ein: Das Prinzip der Volkssouveränität birgt erhebliche Sprengkraft in sich — Die Politik der Balance der Gewalten vermag den Klassenwiderspruch (arm — reich) nicht aufzulösen — Die Volkssouveränität zerstört alle Stabilität und führt zu Revolution und Anarchie.

*Fünftes Gespräch:
Vertrauen in die Vernunft des Volkes (S. 37)*

Montesquieu beharrt: Die Stärke des Rechtsstaats beruht auf dem Bekenntnis zu den moralischen Überzeugungen und auf der übereinstimmenden Meinung des Volkes über den hohen Wert der gewonnenen Freiheit.

*Sechstes Gespräch:
Vorzüge des liberalen Staats (S. 44)*

Die staatliche Ordnung basiert auf dem Prinzip der Volkssouveränität — Alle staatlichen Organe sind zur Förderung des Gemeinwohls verpflichtet. Dies ermöglicht die ungehinderte Entfaltung des industriellen Fortschritts.

*Siebentes Gespräch:
Der moderne Despot und seine Chancen (S. 50)*

Machiavelli dagegen behauptet: Die Macht aller Einrichtungen des Rechtsstaats reicht nicht hin, um das Entstehen einer modernen Despotie zu verhindern — Die öffentliche Meinung kann manipuliert werden — In der Hand eines Despoten lassen sich die staatstragenden Institutionen zu Machtmitteln „umkehren“.

ZWEITER TEIL

Machiavelli zieht die Gesprächsführung an sich

*Achtes Gespräch:
Griff nach der Macht (S. 58)*

Eine Krise lässt sich zum Staatsstreich nutzen — Widerstand wird durch Terror entmutigt — Geeignete Maßnahmen zur Popularisierung des Diktators und Scheinbekennnis zu den Prinzipien des Rechtsstaats.

*Neuntes Gespräch:
Entmachtung des Parlaments (S. 68)*

Die Machtergreifung wird durch Volksentscheid legalisiert — Vorlage einer eigenen, vom Volk zu billigenden Verfassung — Die Macht des Parlaments wird durch Einschränkung seiner Befugnis auf die bloße Abstimmung über Gesetzesvorlagen des Diktators beseitigt.

*Zehntes Gespräch:
Verkehrung der Funktion des Senats (S. 78)*

Die Kontrollfunktion des Senats wird infolge der vom Volk sanktionierten, aber einseitig auf den Diktator zugeschnittenen Verfassung aufgehoben, der Senat zu einem Rechtfertigungsorgan aller vom Diktator vorgesehenen Eingriffe in die bestehenden Rechte umgewandelt.

*Elftes Gespräch:
Beschneidung der Pressefreiheit (S. 88)*

Neugründungen kritischer Zeitungen werden durch Einführung der Genehmigungspflicht unterbunden, bestehende Blätter durch fiskalische Belastungen unterdrückt, bei Pressevergehen erfolgt außergerichtliche Ahndung — Verbot der Berichterstattung über heikle Interna der politischen Institutionen.

*Zwölftes Gespräch:
Die Presse als Stütze despotischer Herrschaft (S. 97)*

Die zu gründende regierungseigene Presse wird aufgefächert in offizielle, offizieuse und scheinbar unabhängige Blätter — Kontrolle der Meinungsbildung in allen gesellschaftlichen Bereichen, verdeckt durch den Anschein der Pressefreiheit.

*Dreizehntes Gespräch:
Eingriffe in die Versammlungsfreiheit und
Rechtsprechung (S. 109)*

Freie Vereine und Logen werden zum Zweck ihrer Kontrolle unterwandert — Aufruhr wird inszeniert, um die Aktualisierung „verstaubter“ Notstandsgesetze zu erzwingen — Das richterliche Pflichtbewußtsein wird durch die Entlassung altgedienter Persönlichkeiten aufgeweicht.

*Vierzehntes Gespräch:**Die Justiz als Werkzeug der Macht (S. 118)*

Die konservative Grundhaltung des obersten Gerichtshofs zur Herbeiführung von Grundsatzurteilen wird zur Stützung der Staatsautorität systematisch ausgenutzt.

*Fünfzehntes Gespräch:**Manipulation der freien Wahlen (S. 125)*

Voraussetzung für eine Kandidatur ist der Treueeid auf den Souverän — Aufstellung gekaufter Kandidaten — Unverhältnismäßige Wahlversprechen der Regierungstreuen — Oppositionelle Wahlkreise werden durch zweckdienliche Aufteilung zerschlagen.

*Siebzehntes Gespräch:**Ausschaltung der kritischen Intelligenz (S. 133)*

Die Freiheit der Lehre wird durch die Verbeamung der Lehrenden aufgehoben, ebenso die freie Advokatur durch Einführung amtlicher Zulassungsbestimmungen — Pakt mit der Kirche unter Androhung einer Abspaltung der Staatsskirche von Rom.

*Siebzehntes Gespräch:**Aufbau eines umfassenden Polizeiapparates (S. 142)*

Einsatz eines vielgliedrigen Geheimdienstes, von zivilen Spitzeln — Bruch des Briefgeheimnisses zur Erlangung totaler Informationen — Eine geheime Staatsschutzpolizei wird zur Verfolgung und Einschüchterung Andersdenkender aufgestellt — Verschärfung des Strafvollzugs — Duldung der Folter

DRITTER TEIL*Achtzehntes Gespräch:**Die Pflicht zur Offenlegung des Staatshaushalts (S. 151)*

Montesquieu legt dar: Das Prinzip der öffentlichen Kontrolle der Staatsfinanzen verhindert die Verwendung von Staatsmitteln zum Zweck der Errichtung einer Despotie.

*Neunzehntes Gespräch:**Verschleierung des Staatsbudgets (S. 159)*

Machiavelli glaubt dagegen, daß durch eine großzügige Handhabung der Offenlegungspflicht die tatsächliche Verwendung der Mittel hinreichend verborgen werden kann.

*Zwanzigstes Gespräch:**Unauffällige Erhöhungen des Budgets (S. 168)*

Die notwendige Aufstockung des ordentlichen Haushalts lässt sich am unauffälligsten durch einen „außerordentlichen“ Haushalt bewerkstelligen — Finanzierungstricks — Etwaige Unruhe über die wachsende Staatsverschuldung wird durch manipulierte Bilanzen beschwichtigt.

*Einundzwanzigstes Gespräch:**Errichtung eines Finanzmonopols (S. 178)*

Die „Konsolidierung“ der Schulden erfolgt durch die Aufnahme von Staatsanleihen und durch Minderung der eingegangenen Verpflichtungen — Errichtung regierungseigener Banken und Intervention an der Börse.

VIERTER TEIL*Zweiundzwanzigstes Gespräch:**Festigung der Macht**durch glänzende Erfolge (S. 186)*

Durch ruhmreiche Kriege wird das Volk begeistert, durch exemplarische Maßnahmen die materielle Situation des Proletariats scheinbar verbessert.

*Dreiundzwanzigstes Gespräch:**Höchster Wert:**Das Prestige des Staats (S. 193)*

Ein Berufsheer wird aufgestellt — Kolossalbauten zum Ruhme des Staats und des Despoten werden errichtet — Brot, Spiele und Orden für alle — Der Bürger erhält als Diener des Staats ein neues Selbstverständnis.

*Vierundzwanzigstes Gespräch:**Der Potentat im Zenit seiner Macht (S. 203)*

Das glanzvolle Auftreten des Despoten wird das Volk blenden und der Potentat als Zentralfigur eines Persönlichkeitsskults wie ein Gott verehrt werden.

*Fünfundzwanzigstes Gespräch:**Gesten der Liberalisierung (S. 213)*

Das Parlament erhält die Erlaubnis, dem Machthaber Neujahrswünsche zu entrichten — Unbedeutende Lockerung der Kontrolle über Provinzgouverneure.

Schluß des Gesprächs:

Machiavelli: „Das alles ist nicht geträumt. Alles ist vollbracht. Das alles gibt es.“

Montesquieu: „Ewiger Gott, und das hast Du geschehen lassen! . . .“

VORWORT DES ÜBERSETZERS

Das hier zum ersten Male in deutscher Übersetzung veröffentlichte Buch ist sowohl seinem Inhalt wie auch seinem sonderbaren Schicksal nach eines der merkwürdigsten und seltensten der Weltliteratur. Es erschien im Jahre 1864 anonym in Brüssel in der Imprimerie de A. Mertens et fils mit dem Titel:

DIALOGUE AUX ENFERS
ENTRE
MACHIAVEL
ET MONTESQUIEU
OU LA POLITIQUE DE MACHIAVEL
AU XIX^e SIECLE
PAR UN CONTEMPORAIN

Es wurde zum zweiten Male, diesmal ohne Angabe des Verlages oder einer Druckerei, aber mit der Bezeichnung „Neue Ausgabe“ (Nouvelle Edition), im Jahre 1868 in Brüssel gedruckt. In dieser Ausgabe steht unter den Worten „Par un contemporain“ in Klammern der Name des Verfassers (Maurice Joly). Es ist ein in Frankreich weit verbreiteter Name, und in den Enzyklopädien finden sich seit dem Mittelalter viele Joly oder Jolly, die diesen Namen berühmt gemacht haben. Die Grande Encyclopédie unterrichtet über Maurice Joly durch folgende Angaben:

„Joly (Maurice), französischer Schriftsteller, geboren in Lons-le-Saumier im Jahre 1821, gestorben in Paris am 16. Juli 1878, Advokat an der Advokatur von Paris, Sekretär der Prinzessin Mathilde (einer Kousine Napoleons III., Tochter Jérômes Bonaparte, des einstigen Königs von Westfalen, und seiner Gemahlin Katharina von Württemberg), veröffentlichte eines der heftigsten Pamphlete gegen das Kaiserreich: Dialogue aux enfers entre Machiavel et Montesquieu (Bruxelles, 1864, in — 12),